

Das Schauspiel hat ein Ende

VON HAGEN STRAUSS

Man muss festhalten: Die Hängepartie, das nervende Geschacher um den Zeitpunkt der Vertrauensfrage und der Neuwahl hat der Wähler zuallererst dem Kanzler zu verdanken: Wegen dessen erster Festlegung in seiner Wutrede nach dem Ampel-Aus, die Vertrauensfrage erst Mitte Januar stellen zu wollen. Danach ist Olaf Scholz dann ja ein ums andere Mal von sich selber abgerückt, wie so oft in der Vergangenheit. Nun steht also endlich fest: Deutschland wählt am 23. Februar einen neuen Bundestag. Das unwürdige Schauspiel um diesen Termin hat ein Ende.

Dass Scholz von Anfang an nicht die Größe gehabt hat, die wichtigste aller demokratischen Fragen im Konsens mit den zentralen Beteiligten zu klären, dürfte rein parteitaktisch zu erklären sein – und vermutlich mit Frust und der großen Hoffnung, durch eine längere Strecke eher Bundeskanzler bleiben zu können. Die Union hat das Durcheinander dann genüsslich aufgegriffen, es aber mit dem Hinweis von Kanzlerkandidat Friedrich Merz auf den 19. Januar für die Neuwahl noch einmal verstärkt. Mit staatspolitischem (ein Lieblingswort der Union in diesen Tagen) Ruhm hat sich die Opposition bei der Klärung dieser Frage somit auch nicht bekleckert. Im Land hat die Debatte um Vertrauensfrage und Neuwahl jedenfalls viel Kopfschütteln verursacht.

Nun wird also am 23. Februar gewählt. Mitten im Winter, und in Sachsen sind dann auch noch Ferien. Die nächste Diskussion über diesen so wichtigen Termin kommt daher bestimmt. Weil bis zum Urnengang aber nicht mehr viel Zeit ist, dürfte der Wahlkampf noch härter werden als sonst. Nichtsdestotrotz sollten sich die Parteien wenigstens darum bemühen, mit dem zu werben, für was sie gewählt werden wollen: mit Inhalten. Auch wenn das schwierig wird – darum muss es jetzt wieder gehen.

Die Metaller sind Vorbilder

VON ANTJE HÖNING

Die Tarifpartner in der Metall- und Elektroindustrie zeigen, wie es geht: Obwohl die wirtschaftliche Lage schlecht ist und die Positionen zunächst weit auseinanderlagen, verständigen sie sich auf einen fairen Tarifabschluss. Nach einer Nachsitzung, die zur Folklore solcher Verhandlungen gehört, verkünden sie eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent über 25 Monate. Damit können die Unternehmen gut leben, zumal es viele Möglichkeiten der Flexibilisierung gibt. Betriebe, denen es nachweislich schlecht geht, können zusätzliche Lohnkosten im nächsten Jahr weitgehend vermeiden. Maschinenbau-Unternehmen, denen das noch immer zu viel ist, haben nicht verstanden, dass Tarifpolitik die Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft nicht lösen kann. Die IG Metall wird hingegen das Problem haben, die Belegschaften wieder vom Baum zu holen. Mit der Forderung nach sieben Prozent mehr Lohn für ein Jahr hat sie hohe Erwartungen geweckt, die nun enttäuscht werden. Jetzt gibt es nicht einmal drei Prozent mehr pro Jahr. Die Gewerkschaft hat zu hoch ins Regal gegriffen. Man kann ihr zugutehalten, dass sich die Konjunktur seit Aufstellung der Forderung stetig verschlechtert hat.

Dennoch kann sich Christiane Benner, die erste Frau an der Spitze der mächtigen Industriegewerkschaft, über ihr Gesellenstück freuen. Sie hat – auch den internen Kritikern – gezeigt, dass sie Tarifverhandlungen kann. Mit dem Abschluss, der erstmals durch ein Tandem von der Küste und aus Bayern ausgehandelt wurde, hat sie zudem Neuland betreten. Ihre Botschaft: Nicht nur der Südwesten und Nordrhein-Westfalen können Pilotabschlüsse, schließlich geht es um einen Flächentarifvertrag für alle. Die Metall-Tarifpartner zeigen mit ihrem Abschluss gesamtwirtschaftliche und politische Verantwortung. Etwas mehr Metaller-Geist kann die Bundespolitik gut gebrauchen.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Arabische Staaten wie Katar und die Emirate pflegen gute Beziehungen zu Kiew und zu Moskau. Das eröffnet ihnen Spielräume, die die Europäer nicht haben. Und angesichts der US-Wahl kommt die Vermittlung gerade recht.

Die Scheichs und die Ukraine

VON THOMAS SEIBERT, ISTANBUL

Vermittlungsmissionen arabischer Staaten haben die erste realistische Chance auf Deeskalation im Ukraine-Krieg seit dem Istanbuler Getreideabkommen vor zwei Jahren geschaffen. Das Emirat Katar will mit Russland und der Ukraine über ein Ende der gegenseitigen Angriffe auf Energieanlagen sprechen. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben den Austausch von mehr als 2000 gefangenen russischen und ukrainischen Soldaten vermittelt. Die beiden Golfstaaten nutzen ihre engen Beziehungen zu beiden Kriegsparteien und erfüllen damit eine Rolle, die europäische Staaten nicht spielen können.

Katar hatte nach einem Bericht der „Financial Times“ im Juni erste Gespräche mit Moskau und Kiew über einen Stopp der Angriffe auf die Energie-Infrastruktur des jeweiligen Gegners aufgenommen. Im August stand demnach eine Einigung bevor, wurde aber durch den ukrainischen Vorstoß auf russisches Gebiet bei Kursk verhindert. Nun sollten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, meldete das Blatt. Russland wies den Bericht zurück, doch ein Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sagte, Kiew sei zu den indirekten Verhandlungen bereit. Selenskyj selbst hatte zuvor erklärt, eine Einigung bei den Angriffen auf Energieanlagen könnte Gespräche über ein Ende des Krieges ermöglichen.

Auch Donald Trump will laut eigenen Worten den Krieg nach seiner Amtsübernahme schnell beenden. Allerdings muss Kiew befürchten, dass die neue Regierung eine Verständigung mit Russland ohne Beteiligung von Kiew anstreben könnte. Das Vermittlungsangebot kommt der Ukraine deshalb recht.

Katarische Diplomaten haben viel Erfahrung mit Vermittlungsmissionen. Vor

einem Jahr handelten sie mit Ägypten und den USA eine Feuerpause in Gaza aus; ihren neuen Versuch, Israel und die Hamas zu einem neuen Abkommen zu bewegen, haben sie vorübergehend auf Eis gelegt, um den Druck auf die Hamas zu erhöhen. Katar vermittelte im vorigen Jahr zudem einen Gefangenenaustausch zwischen dem Iran und den USA. Vor vier Jahren einigten sich die US-Regierung und die Taliban nach Verhandlungen in Katar auf den amerikanischen Truppenrückzug aus Afghanistan.

Auch im Ukraine-Krieg engagiert sich das kleine und dank großer Gasvorräte reiche Emirat am Persischen Golf als Vermittler. So konnten verschleppte Kinder aus Russland nach Gesprächen unter Leitung von Katar in die Ukraine heimkehren. „Diese Gespräche sind nur möglich, weil das Land zu beiden Konfliktparteien eine Vertrauensbasis mitsamt funktionierender Netzwerke aufgebaut hat“, sagt der Nahostexperte Thomas Demmelhuber von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Von entscheidender Bedeutung sei das gute persönliche Verhältnis von Emir Tamim bin Hamad Al Thani zu Selenskyj und Kremlchef Wladimir Putin, sagte Demmelhuber unserer Redaktion. Bei einem Besuch von Selenskyj in Doha im Juni dieses Jahres betonten die katarischen Gastgeber des ukrainischen Präsidenten die Notwendigkeit, „alle Kommunikationskanäle offenzuhalten“. Gespräche über die Rückkehr weiterer ukrainischer Kinder laufen.

Die Emirate steuern einen ähnlichen Kurs zwischen den Kriegsparteien. Das arabische Land ist Mitglied in der Staatengemeinschaft Brics, die von China und Russland angeführt wird, und vermeidet wie Katar und Saudi-Arabien eine Parteinahme im Ukraine-Krieg. Die Emirate, Katar und Saudi-Arabien sind traditionelle Partner des Westens,

INFO

In der Ostukraine rückt Russland vor

Attacken In Stary Oskol, einer Stadt in der westrussischen Grenzregion Belgorod, ist am Dienstag nach einem nächtlichen ukrainischen Drohnenangriff ein Brand in einem Tanklager ausgebrochen. Der Feuerwehr sei es gelungen, die Flammen zu löschen, schrieb der Gouverneur der Region, Wjatscheslaw Gladkow, bei Telegram. Tote und Verletzte habe es nicht gegeben. Das russische Militär meldete den Abschuss 13 ukrainischer Drohnen in der Nacht. Nach einem russischen Raketenangriff wurden in der ukrainischen Großstadt Krywyj Rih drei tote Kinder aus den Trümmern eines Wohnhauses geborgen.

Lage Angesichts der schweren russischen Angriffe bei Kurachowe im Osten der Ukraine droht den Verteidigern nach Angaben des regierungsnahen ukrainischen Militärkanals Deep State eine Katastrophe. Die Stadt sei von drei Seiten eingeschlossen. Inzwischen versuchten die russischen Einheiten, das ukrainische Militär von der Versorgung abzuschneiden. Die Ukraine wiederum gab bekannt, durch den Vorstoß ihrer Truppen auf russischen Boden bei Kursk binde man dort 50.000 russische Soldaten. (dpa)



Ein zerstörtes Gebäude in der Grenzstadt Kurachowe. FOTO: DPA

arbeiten aber mit Russland im Ölkartell Opec Plus zusammen und beteiligen sich nicht an den Sanktionen gegen Moskau. Auch Saudi-Arabien hat sich als Vermittler zwischen Russland und der Ukraine angeboten, hält sich mit Initiativen bisher aber zurück. Dagegen traf sich Emirate-Präsident Mohammed bin Sajid Al Nahjan im Oktober gleich zweimal mit Putin in Russland.

Das schafft Spielräume, die europäischen Ländern verschlossen sind. Emirsäure der Emirate haben seit Beginn des Krieges 2022 neun Gefangenenaustausche organisiert; zuletzt konnten Mitte Oktober jeweils fast 100 gefangene Soldaten beider Seiten heimkehren. Insgesamt sind damit auf Initiative der Vereinigten Arabischen Emirate bisher knapp 2200 Gefangene ausgetauscht worden. Möglich wurden die Ergebnisse dank der „robusten Beziehungen und Partnerschaften mit beiden Seiten“, erklärte das Außenministerium.

Für die Türkei, die im Sommer 2022 den Getreidedeal von Russland und Ukraine aushandelte und sich ebenfalls als Vermittler sieht, sind solche Erfolge derzeit unerreichbar. Ein Grund dafür ist, dass Ankara weiter Waffen an die Ukraine liefert, zum Missfallen von Russland. Die Rüstungsexporte seien „überraschend“, weil die Türkei doch vermitteln wolle, sagte Außenminister Sergej Lawrow der türkischen Zeitung „Hürriyet“. Zudem gehört die Türkei der Nato an, die von Russland als Bedrohung gesehen wird. Katar und die Emirate können glaubwürdiger auftreten.

Ganz uneigennützig handeln die arabischen Staaten im Ukraine-Konflikt nicht. Katar und die Emirate sind Konkurrenten im Streben um Macht und Einfluss im Nahen Osten und wollen außenpolitische Initiativen wie die Vermittlung im Ukraine-Krieg nutzen, um ihr Ansehen zu mehren und sich Vorteile im Wettbewerb mit anderen Akteuren zu verschaffen. Für den Ukraine-Krieg könnte sich aus diesem regionalpolitischen Konkurrenzkampf ein Hoffnungsschimmer ergeben.

WISSENSDRANG

Seit einigen Jahren gilt der Begriff „Indianer“ in gebildeten Kreisen als anrüchlich. Man ist aufgefordert, ihn durch irgendetwas vermeintlich Korrekteres wie „Native Americans“ zu ersetzen. Der Grund: Als Kolumbus Amerika entdeckte, hielt er den Kontinent für Indien und dementsprechend dessen Bewohner für Inder. Da der Begriff uns also dumme Weise an das falsche Weltbild eines Kolonialisten erinnert, muss der Indianer dringend umgetauft werden. Auch die ironische Verwendung muss strengstens verboten werden: Das Humboldt-Forum will einen Song von Udo Lindenberg nachträglich zensieren, in dem vom „Oberindianer“ Erich Honecker die Rede ist. Kein Witz. Ein vernünftiger Grund, den Begriff „Indianer“ zu ächten, liegt allerdings

Nichts spricht gegen „Indianer“

Der missionarische Eifer der Umbenennner ist absurd und unbegründet.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

nicht vor. Die Abschaffung eines Begriffs, der sich einmal eingebürgert hat, ist nur dann sinnvoll, wenn die Betroffenen es selbst wollen, wenn damit eine Abwertung verbunden ist und wenn es bessere Alternativen gibt. Keine dieser drei Bedingungen ist erfüllt.

Gerade der deutsche Begriff ist durch die Romane Karl Mays sehr positiv besetzt. Vor allem aber bezeichnen sich viele indianische Organisationen in den USA so. Bis heute ignorieren sie den missionarischen Eifer weißer Kolonialismuskritiker, die sie zur Umbenennung bekehren wollen. Sie verstehen sich als Indianer und empfinden das nicht als Selbstbeschimpfung. Warum sollten sie auch? Schließlich hat der Begriff für sie eine Funktion, die nicht ohne Weiteres von einem an-

deren Begriff übernommen werden kann. Es ist ein Sammelbegriff für alle amerikanischen Ethnien, die zur Zeit von Kolumbus Amerika bevölkerten. Da die verschiedenen Stämme heute gemeinsame Interessen gegenüber der Regierung haben, brauchen sie auch einen Begriff für das Verbindende. Der Begriff „Native Americans“ wäre historisch irreführend, denn die Stämme, auf die die europäischen Siedler trafen, waren keine Ureinwohner. Auch sie waren größtenteils Einwanderer, die frühere Ethnien verdrängt hatten.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.